Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 70 u. 82. Postfach 108.

DISSIPAT ATQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Bezugspreis: Durch Träger und Post RM. 2.16 einschließlich Bringerlohn. Anzeigenpreise: Die 7gespaltene 45 mm breite Millimeterzeile 0.45 Rm. Deutschland 10 Pfg. Auswärtige Anzeigen 50 Pfg.

Nr. 7. Saarlouis, Dienstag, den 11. Januar 1927. 56. Jahrgang.

Endergebnis der französischen Wahlen

Paris, 10. Jan. Nach einer Mitteilung des Innenministeriums, die um 1 Uhr morgens veröffentlicht wurden ist, verteilen sich die 166 Senatsitze, die gestern zu besetzen waren, wie folgt:

Gemäßigte Republikaner 19 Sitze (früher 22)
Linksrepublikaner 16 (früher 20)
Sozialrepublikaner 43 (früher 51)
Sozialisten 10 (früher 2)
Radikalen 7 (früher 8)
Konservativen 4 (früher 4)
Sozialistisch-Republikaner 2 (früher 6)
Kommunistisch-Republikaner 2 (früher 6)

Die Sozialisten haben 8 Sitze, die Sozial-Republikaner und kommunistisch-Republikaner je 2 Sitze gewonnen, die Gemäßigten Republikaner haben 3, die Linksrepublikaner 5, die Radikalen 1 und die sozialistisch-Republikaner 3 Sitze verloren. Der Nationale Block hat im ganzen 8 Sitze an die Linksparteien verloren, 3 an die Sozialisten, 2 an die kommunistisch-Sozialisten, 2 an die Sozialrepublikaner und 1 an den unabhängigen Sozialisten Laval.

Ruhiger Verlauf der Senatswahlen

Paris, 10. Jan. Die Senatswahlen verliefen gestern im ganzen Lande ohne Zwischenfälle, obwohl in den Departements, in denen die Kartellblöcke einen Sieg erringen, Kundgebungen stattfanden, ohne daß aber die Ruhe erheblich gestört worden wäre. 3 Senatsbeigeordnete haben gestern den Tod gefunden, davon einer infolge eines Unfalles. Dieser letztere nannte Benoin aus Neuen, glitt aus, als er den Zug nach Neuen bestiegen wollte, um dort seine Stimmzettel zu verteilen. Er wurde dabei Kopfes abgeschnitten und er erlag den Verletzungen, als man ihn ins Spital überführte. Im Krankhaus wurde ein Delegierter, als er den Wagen verließ, von einem Auto überfahren. In Dunnoges starb ein weiterer Delegierter nach der Wahl.

Die Pariser Presse zu den Senatswahlen.

Paris, 10. Jan. Ihr zufolge Betrachtungen über die gestrigen Senatswahlen stellen die Blätter einmütig fest, daß sich die Wahlrechtsreformbestrebungen im Senat kaum verschärfen dürften. Die rechtsgerichteten Blätter machen geltend, daß sich im zweiten Wahlgang die Kartellparteien wieder zu gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben.

Der „Matin" bezeichnet die Sozialisten als die Sieger. „Zum ersten Male wurden sie in der Lage sein, eine eigene Fraktion im Senat zu bilden.

Während die rechtsgerichtete Presse mit Genugtuung feststellt, daß es dem Kartell nicht gelungen sei, im Senat eine einwandfreie Mehrheit zu erzielen, freut sich die Linkspresse in dem Ergebnis einen unzweideutigen Ruf nach links, der um so bemerkenswerter sei, als die Abstimmung in dem Augenblick vorgenommen wurde, in der alle unter dem Deckmantel der nationalen Einigung für die Entsparnung arbeiteten. Der Fortschritt der Demokratie werde durch den Gewinn von 11 Sitzen gekennzeichnet.

„Peuple" bezeichnet die Niederlage Millerands als das bedeutsamste Ereignis, dem dieser habe sich der jetzt Gegenpartei in höchster Not entgegenwerfen. Politik des Friedens und der europäischen Verständigung gewonnen.

Französisch-italienischer Grenzzwischenfall.

Paris, 10. Jan. An der französisch-italienischen Grenze zwischen Bentimiglia und Menione hat sich gestern ein Zwischenfall ereignet. Französische Zoll- und Grenzwache auf den Zug Ventimiglia—Nizza. Die Untersuchungen haben ergeben, daß der Zwischenfall einem Unbekannten gelungen ist, in den Wagen einzudringen, und es scheint gelungen zu haben, daß es sich um einen antifaschistischen Attentäter, der aus Italien zu entkommen suchte, gehandelt habe.

Zur Regierungsbildung in Deutschland.

Immer noch keine Aussichten. — Das Zentrum im Vordergrund.

Baldiger Ausbruch des Bürgerkrieges in China.

Berlin, 10. Jan. Wie bereits gemeldet, wird am heutigen Montag der Reichstagspräsident Loebe vom Reichspräsidenten zur Beiziehung der interpolitischen Lage empfangen werden. In Reichstag heran auch Herrnann Müller von der S. P. D. sowie Graf Westarp von der Deutschnationalen. Da zu erwarten ist, daß Hermann Müller den Auftrag zur Regierungsbildung ablehnen wird, wird der Reichspräsident den direkten Weg mit der Regierungsbildung beginnen. Wie verlautet, beabsichtigt Graf Westarp vorläufigen formell Verhandlungen mit den Parteien aufzunehmen, die natürlich zu keinem Resultat führen können. Der erste nicht nur formelle Auftrag dürfte dann den bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erteilt werden. Der Versuch, eine rechtsgerichtete Kabinett zu bilden, wird aller Voraussicht nach an den Widerspüchen des Zentrums scheitern. Unter diesen Umständen ist als ernsthaft nur ein Auftrag ausgeschlossen, den ein Mitglied des Zentrums erhalten wird. Im Vorbergrunde steht bei der immer Mehr, ebenfalls Gregerswald vorher mit der Kabinettsbildung beauftragt werden dürfte.

Heute tritt der Vorstand der Deutschen Volkspartei zusammen, voraussichtlich treten die Vorstände einiger anderen Fraktionen in den nächsten Tagen zusammen. Der Hauptausschuß des Reichstages nimmt seine Beratungen heute nachmittag 3 Uhr auf.

Die Besprechungen beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. Jan. Reichspräsident von Hindenburg hat nach dem Reichstagspräsidenten Loebe heute die Führer derjenigen Parteien empfangen, deren Anführung ihm am 13. Dezember noch nicht möglich gewesen ist. Es waren dies Dr. Brodt in Vertretung des verhinderten Führers der Wirtschaftlichen Vereinigung Dr. Treviranus, sowie der Führer der bayerischen Bauernpartei Geldar Dr. Leicht. Heute nachmittag wird noch der Führer der Deutschnationalen Partei Graf Westarp empfangen werden, darauf der Abg. von Guerard (Ztr.) und Graf Westarp (D.N.). Es ist damit zu rechnen, daß heute abend bereits die Besprechung einer Persönlichkeit mit der Regierungsbildung erfolgt.

Berlin, 10. Jan. Wie ein parlamentarisches Nachrichtenbüro erfahren haben will, haben die Besprechungen zwischen den Reichspräsidenten und den Reichstagspräsidenten eine weitere Klärung der innerpolitischen Lage nicht gebracht. In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichspräsident weiter die Führer aufsuchen wird, den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Der Reichstagspräsident Loebe begab sich sofort nach seiner Unterredne mit Hindenburg in die Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages, die bereits um 10 Uhr im Gebäude des „Vorwärts" begonnen hatte. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß diese Sitzung bis in den späten Nachmittag hinein dauern wird. Es ist nicht die Aufgabe des Fraktionsvorstand der Volkspartei zu einer vertrauensloses Stellungnahme zu gelangen.

Die Lage in China.

Nanking, 10. Jan. Nach Meldungen aus Schanghai hat erneuter man heute der baldigen Ausbruch des Bürgerkrieges. Schanghaiamtmann zum Eingreifen der Kanonenboote zu bewegen. Die Kolonien aller Nationen leiten in Schanghai eine Konferenz zu. Es wurde beschlossen, die Regierungen zu bitten, alle zur Verfügung der Kolonien Schiffe nach Schanghai zu entsenden. Die englische Kolonie kündigt an, daß ihre Regierung Verstärkung schicke. Die Japaner mobilisieren ein Geschwader.

Houston Stuart Chamberlain †

Berlin, 10. Jan. Nach vier vorliegenden Meldungen aus Bayreuth gestorbe dort am Sonntag nachmittag im Alter von 72 Jahren der bekannte Schriftsteller Houston Stuart Chamberlain, der Schwiegersohn Richard Wagners, nach längerem Leiden. Houston Stuart Chamberlain ist am 9. September 1855 in Southsea Villa in Portsea Ile geboren. Der Schriftsteller wurde bestimmt durch das zweibändige Werk über die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, eine rassenpolitische Geschichtsbetrachtung mit dem Ziel, den Antisemitismus zu verteidigen.

Das 15. deutsche Kabinett.

Das neue Reichskabinett, das im Laufe dieser Woche, wie man sagt, gebildet werden soll, wird das 15. seit der Revolution sein. Nach dem Grund der häufigen Regierungswechsel nimmt man an, daß es weder von einer Koalition der Mitte gebildet wird. Das würde dann bedeuten, daß es unter den Schlägen des 8. Kabinett der Mitte ist. Das erste Kabinett der Mitte war das Kabinett Fehrenbach vom Juni 1920 bis zum Mai 1921. Das zweite das Kabinett Cuno vom November 1922 bis zum August 1923. Das dritte Kabinett Stresemann vom Oktober bis zum November 1923. Das vierte das Kabinett Marx vom November 1923 bis Juni 1924. Das fünfte das Kabinett Marx vom Juni 24 bis Januar 25. Das sechste das Kabinett Luther vom Januar 25 bis Mai 26, das siebente das heute Kabinett Marx vom Mai 26 bis jetzt.

Von allen Kabinettsbrüchen hat sich also für unsere Parlamentsarbeiten bisher die Kombination des Kabinetts der Mitte, wenn auch die eine Minderheitskoalition, am meisten durchgeistet. Und gerade auf Grund dieser Erfahrung muß man wohl annehmen, daß auch das nächste Kabinett wieder eine Minderheitskoalition der Mitte sein wird.

Das erste dieser Minderheitskabinette der Mitte ist durch das Londoner Ultimatum gestürzt worden. Das zweite unter Cuno brach der Zusammenbruch der positiven Widerstandes, das dritte unter Stresemann durch die Sozialdemokratie, wenn auch nicht in offener Aktion, die das vierte Kabinett Marx, das vierte Kabinett Marx, das sechste Kabinett Luther und das siebente Kabinett Marx durch den Zusammenbruch der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht, der auch die Regierung gelangen ist, allerdings die schärfste Opposition der Deutschnationalen hervorrief und deshalb durch eine Rechtsregierung ersetzt werden sollte, wenn möglich. Diese Absicht aber ist durch die Neuwahlen nur in einem ganz geringen Maße verwirklicht worden. Als dann die Deutsche Volkspartei, die unsere Zeitschrift bei Kabinettsbildungen gerade, daß sie noch zu den Deutschnationalen und der Ablehnung der Deutschnationalen in die Regierung beitrauf, erfolgte eine zweite Rechtsregierung, deren Grund die Beseitigung der für die Schiffahrt ganz unerträglichen Lasten mit sich führtem Maße, als sie vorher bestand, lediglich Minderheitsregierung ihre Kanzlei die Deutsche Volkspartei die Zentrumspartei frei und erneuter politischen auch infolge der Mitwirkung der Sozialdemokratie gegen eine Minderheitsregierung Reichspräsidenten. Die ausgeschlossene Frage dann erstmals das Kabinett und der Regierung wegen der Sozialdemokratie, als solche bei solche Minderheitskabinett Dr. Luther, daß in der Opposition der Sozialdemokratien gerichtet und dann das heute Minderheitskabinett Marx, das wieder durch die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.

Die Kartellpartei Aktivität im Reiche sind so gespalten, daß eine Koalition der Reichskabinettes im Augenblick unmöglich, daß die stärkste Opposition im Augenblick gegen die Regierung, die Sozialdemokratie, allerdings mit Unterstützung durch die Deutschnationalen zur Mitwirkung gegangen war. Es ist ein sehr schwierig, das durch einen kleinen Mißtrauensantrag Kampf gestiegen ist.